

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 1 von 13 Seiten

Vertrag

über die Erbringung von Druckdienstleistungen

zwischen dem

Land Baden-Württemberg

vertreten durch das

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport,

vertreten durch das

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW)

Heilbronner Straße 172, 70191 Stuttgart

- nachfolgend auch „**IBBW**“ oder "**Auftraggeber**" genannt -

und der

[...]

- nachfolgend auch "**Auftragnehmer**" genannt –

Vorbemerkung

Das IBBW ist eine nicht-rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes Baden-Württemberg. Zu den Kernaufgaben des IBBW gehört unter anderem die Entwicklung von Konzepten, Aufgaben und Instrumenten zu zentralen Prüfungen an den Schulen in Baden-Württemberg.

Das Land Baden-Württemberg hat vertreten durch das IBBW die Erbringung von Druckdienstleistungen im Zusammenhang mit den Abschlussprüfungen an den Schulen des Landes Baden-Württemberg ausgeschrieben.

Der Auftragnehmer hat im Rahmen der ausgeschrieben Vergabe der Druckdienstleistungen im Zusammenhang mit den Abschlussprüfungen an den Schulen des Landes Baden-Württemberg ein Angebot abgegeben.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 2 von 13 Seiten

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der Dauer dieses Vertrags gegenüber dem IBBW zur Besorgung der in **Anlage 1** genannten und dort näher beschriebenen Werk- und Dienstleistungen (nachfolgend "**Dienstleistungen**" genannt).
- (2) Die Vertragsparteien werden sich auf Verlangen des Auftraggebers, mindestens aber einmal im Jahr, über eine etwa erforderliche Anpassung des Umfangs der Dienstleistungen abstimmen und gegebenenfalls erforderliche Vertragsanpassungen im Hinblick auf eine Einschränkung oder Erweiterung der von dem Auftragnehmer zu erbringenden Dienstleistungen und der dafür zu entrichtenden Vergütung vornehmen. Eine Anpassung des Umfangs der Dienstleistungen nach Satz 1 kann erfolgen, soweit sie erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße und termingetreue Durchführung der Prüfungen an den Schulen in Baden-Württemberg gemäß den in *Anlage 1* (Leistungsbeschreibung, dort Ziffer 3) enthaltenen Sicherheits- Sorgfalts- und Geheimhaltungsvorgaben während der Vertragslaufzeit (inklusive aller Verlängerungsoptionen) zu gewährleisten. § 2 der VOL/B (Fassung 2003) bleibt unberührt.
- (3) Sonstige Leistungen übernimmt der Auftragnehmer für das IBBW nur nach vorheriger Abstimmung mit dem IBBW und gesonderter schriftlicher Beauftragung.
- (4) Wesentliche Bestandteile dieses Vertrags sind – im Falle von Widersprüchen in der Reihenfolge der nachfolgenden Aufzählung –
 - die Bestimmungen dieses Vertrages,
 - die Leistungsbeschreibung inklusive des jeweiligen Leistungsverzeichnisses (**Anlage 1** zu diesem Vertrag)
 - die besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
 - das Angebot des Auftragnehmers vom [...] einschließlich der eingereichten Konzepte des Auftragnehmers (**Anlage 3** zu diesem Vertrag)
 - die weiteren Vergabeunterlagen (**Anlage 4** zu diesem Vertrag).

Ergänzend gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen („VOL/B“) in der Fassung vom 5. August 2003.

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 3 von 13 Seiten

§ 2 Durchführung der Dienstleistungen

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Dienstleistungen entsprechend dem hohen Standard des IBBW professionell, sachgerecht und zeitgerecht zu erbringen. Der Auftragnehmer wird bei der Erbringung der Dienstleistungen die Weisungen des IBBW befolgen und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Datenschutzvorschriften, beachten.
- (2) Die vom Auftragnehmer jeweils einzuhaltenden Termine, insbesondere die Liefertermine für die Übergabe der jeweiligen Druckvorlage an das IBBW sowie für den Versand der Aufgaben- und Lösungssätze an die jeweiligen Schulen/Schulaufsichtsbehörden in Baden-Württemberg, werden vom IBBW unter Berücksichtigung der vom Kultusministerium festgelegten Prüfungszeiträume bestimmt.
- (3) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass von seiner ordnungsgemäßen Leistungserbringung, insbesondere der Erfüllung der besonderen Anforderungen im Rahmen der Auftragsdurchführung (vgl. Leistungsbeschreibung, Ziffer 3 der *Anlage 1*) sowie der strikten Einhaltung der vom IBBW vorgegebenen Termine, die Durchführung der Abschlussprüfungen an den Schulen des Landes Baden-Württemberg abhängig ist. Die vom IBBW festgelegten Termine, insbesondere die Liefertermine für die Übergabe der Druckvorlagen sowie für den Versand der Aufgaben- und Lösungssätze an die jeweiligen Schulen in Baden-Württemberg, sind daher unbedingt einzuhalten (Fixtermine). Der Auftragnehmer sichert dem Auftraggeber daher zu, dass er die besonderen Anforderungen im Rahmen der Auftragsdurchführung (vgl. Leistungsbeschreibung, Ziffer 3 der *Anlage 1*) sowie die vom IBBW jeweils festgelegten Termine einhalten wird.
- (4) Der Auftragnehmer erbringt die Dienstleistungen im Interesse des IBBW. Bei Durchführung der übertragenen Leistungen tritt der Auftragnehmer gegenüber Dritten, insbesondere den jeweiligen Schulen, als Beauftragter des IBBW auf. Der Auftragnehmer ist jedoch nicht berechtigt, im Namen des IBBW Erklärungen abzugeben oder das IBBW rechtlich zu binden.
- (5) Der Auftragnehmer wird die Dienstleistungen grundsätzlich durch eigenes Personal erbringen. Der Auftragnehmer ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, im eigenen Namen andere Dritte als die, die in seinem Angebot bezeichnet sind, zu beauftragen, die ihm obliegenden Leistungen zu erfüllen (nachfolgend „**Unterauftragnehmer**“). Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Unterauftragnehmer werden als Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers tätig. Eine Unterauftragsvergabe der Unterauftragnehmer an weitere Unterauftragnehmer ist unzulässig.

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 4 von 13 Seiten

§ 3 Zusammenarbeit

- (1) Die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer setzt, insbesondere während der Vorbereitungs-, Druck- und Auslieferungsphase der Aufgaben- und Lösungssätze für die Abschlussprüfungen an den Schulen des Landes Baden-Württemberg, voraus, dass die mit der Prüfungsabwicklung betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IBBW und die mit der Auftragsabwicklung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auftragnehmers eng zusammenarbeiten.
- (2) Im Rahmen der Zusammenarbeit sind durch den Auftragnehmer insbesondere die besonderen Anforderungen
 - a) in Ziffer 3.1 der Leistungsbeschreibung (Geheimhaltung und Sicherheit, *Anlage 1*),
 - b) in Ziffer 3.2 der Leistungsbeschreibung (Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem IBBW, *Anlage 1*) sowie
 - c) in Ziffer 3.3 der Leistungsbeschreibung (Zusammenstellung und Versand von Aufgaben-/Lösungssätzen nach den spezifischen Vorgaben des IBBW, *Anlage 1*)zu beachten und einzuhalten.
- (3) Der Auftragnehmer wird dem IBBW unmittelbar nach dem Vertragsschluss eine persönliche fachkompetente Ansprechperson und eine Vertretung (jeweils mit E-Mail-Adresse sowie Festnetz- und Mobilnummer) benennen, welche für notwendige Abstimmungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IBBW – auch kurzfristig – zur Verfügung stehen und Änderungen an einem beauftragten Aufgaben- und/oder Lösungssatz zeitnah umsetzen können. Dabei stellt der Auftragnehmer sicher, dass Anfragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IBBW,
 - a) die an einem Werktag bis 13.00 Uhr beim Auftragnehmer eingehen, noch am selben Werktag durch die persönliche Ansprechperson des Auftragnehmers oder deren Vertretung durch telefonische Kontaktaufnahme mit der anfragenden Mitarbeiterin oder dem anfragenden Mitarbeiter des IBBW oder erforderlichenfalls durch eine persönliche Abstimmung in den Räumlichkeiten des IBBW geklärt werden;
 - b) die an einem Werktag nach 13.00 Uhr beim Auftragnehmer eingehen, spätestens am nächsten Werktag bis 12.00 Uhr durch die persönliche Ansprechperson des Auftragnehmers oder deren Vertretung durch telefonische Kontaktaufnahme mit der anfragenden Mitarbeiterin oder dem anfragenden Mitarbeiter des IBBW oder erforderlichenfalls durch eine persönliche Abstimmung in den Räumlichkeiten des IBBW geklärt werden.

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 5 von 13 Seiten

- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet gegenüber dem IBBW, dass eine zeitnahe und unmittelbare Zusammenarbeit, insbesondere die kurzfristige telefonische Kontaktaufnahme durch die persönliche Ansprechperson oder deren Vertretung sowie erforderlichenfalls eine persönliche Abstimmung in den Räumlichkeiten des IBBW während der Dauer der Zusammenarbeit jederzeit sichergestellt ist.
- (5) Der Auftragnehmer gewährleistet gegenüber dem IBBW zudem, dass jederzeit – auch unangemeldete – Kontrollen durch das IBBW in den Geschäfts- und Produktionsräumen des Auftragnehmers möglich sind, um die lückenlose Einhaltung der Sicherheits- und Geheimhaltungsvorgaben durch den Auftragnehmer (vgl. *Anlage 1*, Leistungsbeschreibung, dort Ziffer 3.1) zu überprüfen. Der Auftragnehmer gestattet insoweit dem IBBW oder den vom IBBW beauftragten, zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten jederzeit das Betreten der Geschäfts- und Produktionsräume des Auftragnehmers und wird auf entsprechendes Verlangen des IBBW oder deren Beauftragte die Sicherheits- und Geheimhaltungsmaßnahmen des Auftragnehmers im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand erläutern und vorführen.

§ 4 Vergütung

- (1) Die Vergütung des Auftragnehmers für die von ihm nach diesem Vertrag zu erbringenden Dienstleistungen ergeben sich aus dem als *Anlage 3* zu diesem Vertrag beigefügten Angebot des Auftragnehmers zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (2) Mit dieser Vergütung, bei der es sich um einen Festpreis handelt, sind alle nach der Leistungsbeschreibung und dem Leistungsverzeichnis geschuldeten Leistungen des Auftragnehmers einschließlich sämtlicher Nebenleistungen (z.B. Reisekosten, Verpflegungsaufwendungen, Wegezeiten und damit zusammenhängende sonstige Infrastruktur) abgegolten.
- (3) Im Falle einer Leistungsänderung nach § 1 Abs. 2 gilt § 2 Abs. 3 VOL/B.
- (4) Jede Vertragspartei ist berechtigt, bei Ausübung einer Verlängerungsoption durch den Auftraggeber (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 1) und mit Wirkung zum Beginn des neuen Vertragsjahres eine Überprüfung und gegebenenfalls angemessene Anpassung der Vergütung zu verlangen. Eine Anpassung der Vergütung setzt voraus, dass sich die am Markt verlangten Preise für die zur Ausführung der Dienstleistungen erforderlichen Ressourcen (Druckertinte/-toner, Papier, etc.) oder die Personalkosten des Auftragnehmers durchschnittlich wesentlich erhöht oder verringert haben. Das Überprüfungsverlangen ist bis spätestens einen Monat vor Beginn des neuen Vertragsjahres in Textform an die andere

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 6 von 13 Seiten

Vertragspartei zu richten. Insbesondere kann der Auftraggeber eine Preisreduzierung verlangen, der der Auftragnehmer zustimmen muss, wenn die Voraussetzungen des § 4 der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen für eine Anpassung an Preise für marktgängige Leistungen vorliegen. Kommt eine Einigung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer über die Anpassung der Vergütung nicht innerhalb von einem Monat und vor Beginn des neuen Vertragsjahres zustande, gelten die ursprünglich vereinbarten Preise fort.

§ 5 Zahlungsabwicklung

- (1) Vorauszahlungen erfolgen nicht. Der Auftragnehmer rechnet über die vereinbarte Vergütung je Schulart und innerhalb der jeweiligen Schulart je Prüfungstermin gesondert ab. Hierzu wird er, sobald
 - a) die Teilleistungen Druck, Kommissionierung und Verpackung;
 - b) die Teilleistung Zustellungjeweils vollständig erbracht sind, zunächst einen Rechnungsentwurf über die jeweils erbrachte Teilleistung an das IBBW zur Prüfung und Freigabe senden. Nach Freigabe des jeweiligen Rechnungsentwurfs durch das IBBW sendet der Auftragnehmer die jeweilige Rechnung an das IBBW.
- (2) Die jeweilige Rechnung des Auftragnehmers ist 30 Tage nach ihrem Zugang beim IBBW zur Zahlung durch das IBBW fällig.
- (3) Der Auftragnehmer hat in jeder Abrechnung die gesetzliche Umsatzsteuer in der im Abrechnungszeitpunkt bestehenden Höhe auszuweisen, soweit diese anfällt. Im Übrigen müssen die Rechnungsentwürfe und Rechnungen des Auftragnehmers kaufmännischen Gepflogenheiten entsprechen.
- (4) Seit dem 1. Januar 2022 sind öffentliche Auftragnehmer nach § 4a E-Government-Gesetz Baden-Württemberg in Verbindung mit der E-Rechnungsverordnung Baden-Württemberg grundsätzlich zur elektronischen Rechnungsstellung verpflichtet. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt nur für Rechnungen bis zu einem Betrag von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer. Für die elektronische Rechnungsstellung hat der Auftragnehmer ausschließlich den Zentralen Rechnungseingang Baden-Württemberg zu verwenden, der zusammen mit weiteren Informationen unter <https://service-bw.de/erechnung> zu erreichen ist. Das Rechnungsdokument muss dazu im Standard XRechnung oder einem

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 7 von 13 Seiten

anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format erstellt werden und im Feld Buyer-Reference (BT-10) die **Leitweg-ID: 08-A6924-39** aufweisen.

Es gelten die über <https://service-bw.de/erechnung> einsehbaren Nutzungsbedingungen nebst Anlage (Technische Informationen) des Zentralen Rechnungseingangs Baden-Württemberg in der zum Zeitpunkt der Einbringung der elektronischen Rechnung gültigen Fassung.

§ 6 Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche ihm vom IBBW zugänglich gemachten Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, insbesondere Informationen aus oder im Zusammenhang mit den zu bearbeitenden Aufgaben- und Lösungssätzen (im Folgenden auch „**Vertrauliche Information/en**“ genannt), streng geheim zu halten. Der Auftragnehmer wird die Vertraulichen Informationen, soweit nicht für die Geschäftsbeziehung mit dem IBBW geboten, weder aufzeichnen, vervielfältigen, speichern noch an Dritte weitergeben oder verwerten oder durch Dritte verwerten lassen.
- (2) Die Pflicht zur Geheimhaltung nach Absatz 1 entfällt, wenn und soweit der Auftragnehmer nachweist, dass
 - a) die Vertrauliche Information allgemein bekannt oder zugänglich ist, ohne dass dem ein Bruch der Geheimhaltungspflicht nach diesem Vertrag zugrunde liegt;
 - b) er die Vertrauliche Information – unabhängig von der Offenlegung durch das IBBW und/oder Arbeitnehmer, Angestellte oder sonstige Beauftragte des IBBW – von einem Dritten erlangt hat, ohne dass dem ein Bruch der Geheimhaltungspflicht nach diesem Vertrag zugrunde liegt;
 - c) er von Gesetzes wegen, per Verwaltungsakt oder sonstigem Rechtsakt oder durch gerichtliches Urteil dazu verpflichtet wird, die Vertrauliche Information zu offenbaren; in diesem Fall wird der Auftragnehmer das IBBW unverzüglich über die gerichtliche oder behördliche Aufforderung schriftlich informieren; die Offenlegung ist auf das jeweilige gerichtliche oder behördliche Verfahren sowie den Umfang der angeordneten Offenlegung zu beschränken.

Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, aufgrund einer der vorstehend unter a) bis c) genannten Ausnahmen bestimmte Vertrauliche Informationen nicht mehr vertraulich zu

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 8 von 13 Seiten

behandeln, wird er dies dem IBBW innerhalb angemessener Frist vorher schriftlich mitteilen und die Stellungnahme des IBBW abwarten.

- (3) Der Auftragnehmer wird Vertrauliche Informationen, die den Inhalt von Prüfungsaufgaben und/oder Lösungen betreffen, nur gegenüber solchen für ihn tätigen Arbeitnehmern und Organmitgliedern offenlegen, die für die Erbringung der Dienstleistungen nach diesem Vertrag zwingend erforderlich sind (nachfolgend „**Erforderliche Personen**“ genannt). Die Offenlegung der in Satz 1 genannten Vertraulichen Informationen durch den Auftragnehmer gegenüber Erforderlichen Personen setzt voraus, dass der Auftragnehmer die Erforderlichen Personen gegenüber dem IBBW zuvor benannt hat und die Erforderlichen Personen sich vor der Offenlegung der Vertraulichen Information gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich verpflichtet haben, die Geheimhaltungsregelungen dieses § 6 einzuhalten, insbesondere die Vertraulichen Informationen streng vertraulich zu behandeln und ausschließlich für die Zwecke dieses Vertrages zu verwenden (Eigenerklärung). Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, die eingeholten Verpflichtungserklärungen zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
- (4) Über Abs. 3 hinaus wird der Auftragnehmer durch geeignete vertragliche Abreden mit den für ihn tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten sicherstellen, dass auch diese jede eigene Verwertung, Weitergabe oder unbefugte Aufzeichnung, Vervielfältigung und/oder Speicherung von Vertraulichen Informationen unterlassen.
- (5) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass – unabhängig von diesem Vertrag – die Verletzung eines Geschäftsgeheimnisses nach § 23 des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) strafbar ist und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet werden kann, und derjenige, der ein Geschäftsgeheimnis vorsätzlich oder fahrlässig verletzt, dem Inhaber des Geschäftsgeheimnisses zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet ist (§ 10 GeschGehG).

§ 7 Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz, insbesondere die EU-Datenschutzgrundverordnung („DSGVO“), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), des Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg („LDSG BW“), des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und des Gesetzes über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei digitalen Diensten (TDDDG), in Ausführung des Vertrags zu beachten und die Einhaltung dieser Bestimmungen ihren Mitarbeitern aufzuerlegen.

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 9 von 13 Seiten

- (2) Die Vertragsparteien verarbeiten die erhaltenen personenbezogenen Daten (Namen und Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner) ausschließlich zur Erfüllung des Vertrags (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO) und werden diese durch dem aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DSGVO) schützen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die personenbezogenen Daten zu löschen, sobald deren Verarbeitung nicht mehr erforderlich ist. Etwaige gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt.
- (3) Sollte der Auftragnehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für das IBBW personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten, werden die Parteien hierüber eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO schließen.

§ 8

Materialien, Unterlagen und elektronische Daten

- (1) Die dem Auftragnehmer durch das IBBW zur Verfügung gestellten Materialien und Unterlagen bleiben auch nach deren Übergabe Eigentum des IBBW und sind vom Auftragnehmer auf entsprechende Aufforderung des IBBW, spätestens jedoch nach Beendigung dieses Vertrags, unverzüglich und vollständig an das IBBW zurückzugeben.
- (2) Vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen erstellte eigene Aufzeichnungen oder Unterlagen sind bei der Beendigung dieses Vertrags durch den Auftragnehmer zu vernichten. Der Auftragnehmer wird dem IBBW die Vernichtung der Aufzeichnungen und/oder Unterlagen auf Verlangen nachweisen.
- (3) Vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen erstellte elektronische Daten oder sonstige elektronisch gespeicherte Informationen sind bei der Beendigung dieses Vertrags durch den Auftragnehmer dauerhaft zu löschen. Der Auftragnehmer wird dem IBBW die dauerhafte Löschung der elektronischen Daten oder sonstigen elektronisch gespeicherten Informationen auf Verlangen nachweisen.

§ 9

Höhere Gewalt

- (1) Sofern der Auftraggeber durch höhere Gewalt an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere an der Annahme der Leistungen des Auftragnehmers, gehindert wird, wird der Auftraggeber für die Dauer des Hindernisses sowie einer angemessenen Anlaufzeit von der Leistungspflicht frei, ohne dem Auftragnehmer zum Schadensersatz

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 10 von 13 Seiten

verpflichtet zu sein. Dasselbe gilt, sofern dem Auftraggeber die Erfüllung seiner Pflichten durch unvorhersehbare und vom Auftraggeber nicht zu vertretende Umstände, insbesondere durch Arbeitskampf, behördliche Maßnahmen, Energiemangel, Pandemie, Epidemie, Cyber Attacken oder wesentliche Betriebsstörungen, unzumutbar erschwert oder vorübergehend unmöglich gemacht wird.

- (2) Der Auftraggeber ist zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt, wenn ein solches Hindernis mehr als vier Monate andauert und der Auftraggeber an der Erfüllung des Auftrags infolge des Hindernisses kein Interesse mehr hat. Auf Verlangen des Auftragnehmers wird der Auftraggeber nach Ablauf der Frist erklären, ob er von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch machen oder die Leistungen des Auftragnehmers innerhalb einer angemessenen Frist annehmen wird.

§ 10 Vertragsstrafen

Bei Verstößen des Auftragnehmers gegen diesen Vertrag in Bezug auf

- a) die Nichteinhaltung eines vom IBBW gemäß § 2 Abs. 2 dieses Vertrags festgelegten Termins für den Versand von Aufgaben- und Lösungssätzen;
- b) die Nichteinhaltung der besonderen Anforderungen an die Leistungserbringung gemäß § 3 Abs. 2 dieses Vertrags, vor allem bei unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz von Prüfungsinhalten gegen den Zugriff Unbefugter;
- c) die Verletzung der Geheimhaltungspflicht gemäß § 6 dieses Vertrags;
- d) die fehlende Erreichbarkeit des persönlichen Ansprechpartners des Auftragnehmers oder seines Vertreters für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IBBW gemäß § 3 Abs. 3 dieses Vertrags; oder
- e) die verspätete Kontaktaufnahme durch den persönlichen Ansprechpartner des Auftragnehmers oder seinem Vertreter mit der anfragenden Mitarbeiterin oder dem anfragenden Mitarbeiter des IBBW gemäß § 3 Abs. 3 dieses Vertrags

hat der Auftragnehmer für jeden Fall der Zuwiderhandlung dem IBBW eine angemessene, vom IBBW nach billigem Ermessen festzusetzende Geldsumme als Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe im Streitfall vom Landgericht Stuttgart überprüft werden kann. Eine Vertragsstrafe wird nicht verwirkt, wenn der Auftragnehmer den Vertragsverstoß nicht zu vertreten. Das IBBW muss die Vertragsstrafe spätestens mit der Schlusszahlung geltend machen. Weitergehende

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 11 von 13 Seiten

Ansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe auf etwaige Schadensersatzansprüche unberührt. Pönalisierte Fristen und Termine bleiben auch pönalisiert, wenn sie verschoben werden. Der Leistungsanspruch des Auftraggebers wird erst ausgeschlossen, wenn der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers statt der Leistung Schadensersatz leistet. Die Annahme der verspäteten Leistung stellt keinen Verzicht auf Schadensersatzansprüche oder die Vertragsstrafe dar.

§ 11

Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Dieser Vertrag wird mit Zuschlagserteilung geschlossen. Der Auftragnehmer ist ab dem 1. September 2026 zur Leistungserbringung verpflichtet. Der Vertrag ist zunächst für eine Dauer von einem Jahr geschlossen. Die Vertragsdauer kann durch den Auftraggeber drei Mal um jeweils ein Jahr verlängert werden (Optionsrecht des Auftraggebers). Die jeweilige Verlängerungsoption ist durch den Auftraggeber spätestens sechs Wochen vor dem jeweiligen Ende der Vertragsdauer durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer geltend zu machen.
- (2) Das Recht zu Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt für den Auftraggeber insbesondere vor,
 - a) bei einer schuldhaften Falschangabe in einer Eigenerklärung des Auftragnehmers im Vergabeverfahren;
 - b) wenn der Auftragnehmer seine Geheimhaltungspflicht nach § 6 dieses Vertrags schuldhaft verletzt;
 - c) wenn der begründete Antrag zur Eröffnung eines Insolvenz- oder vergleichbaren Verfahrens zur Schuldenbereinigung über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird;
 - d) im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer, insbesondere, wenn die übernommenen Leistungen nicht zu dem vereinbarten Zeitpunkt oder nicht in der vertraglich vorgegebenen Zeit, Art oder Weise ausgeführt werden, und trotz schriftlicher Abmahnung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer keine Abhilfe geschaffen wird.
- (3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 12 von 13 Seiten

§ 12 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- (2) Gegenansprüche des Auftragnehmers berechtigen ihn nur dann zur Aufrechnung, wenn sie rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur geltend machen, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- (3) Für den Leistungs- und Erfüllungsort ist zunächst Ziffer 2 der Leistungsbeschreibung (*Anlage 1* zu diesem Vertrag) maßgeblich. Soweit sich daraus keine Vorgabe für den Erfüllungsort der vereinbarten Dienstleistungen ergibt, ist Erfüllungsort der Sitz des IBBW.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Stuttgart.
- (5) Es bestehen keine Nebenabsprachen zu diesem Vertrag. Bisher etwa bestehende, wirksame mündliche Vereinbarungen werden durch diesen Vertrag ersetzt. Änderungen, Ergänzungen und Nachträge bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (6) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam sein oder unwirksam werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem Zweck der weggefallenen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken in diesem Vertrag.

Stuttgart, den _____

Land Baden-Württemberg

vertreten durch das

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW)

dieses vertreten durch seine Direktorin

Dr. Ulrike Rangel

Vertrag über die Erbringung von Druckdienstleistungen

Seite 13 von 13 Seiten

[Stuttgart], den _____

[...],
vertreten durch [...], Geschäftsführer

Anlagen:

Anlage 1 – Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis

Anlage 2 – Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG)

Anlage 3 – Angebot des Auftragnehmers vom [...]

Anlage 4 – Die weiteren Vergabeunterlagen